

Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 46 (1967)
Heft: 11

Artikel: Sprengstoff Südtirol
Autor: Reventlow, Rolf
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337964>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 31.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Und wir? Genossen wir wie Lieschen Müller die Show von Teheran? Stellten wir uns die Frage: Ist Farah Diba glücklich? Was macht wohl Soraya? – Sind wir gar zu einem Protest fähig? Oder stellen wir achselzukkend fest: Uns geht es gut, sollen die selber sehen, wie sie zureckkommen? Und wir?

Otto Schmidt

Rolf Reventlow

Sprengstoff Südtirol

Das Veto gegen die Assoziierungsverhandlungen der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft mit Österreich, das die italienische Regierung ankündigte, zeigt, dass das Barometer an der italienisch-österreichischen Alpengrenze wieder einmal auf Sturm steht. Zuvor waren vier italienische Soldaten unmittelbar an der Staatsgrenze von Tretminen getötet worden. Italiens Staatspräsident, der besonnene Sozialdemokrat Giuseppe Saragat, sprach von Nazimethoden und Terror, der jenseits der Grenze nicht unterbunden werde. Nach jahrelangen Verhandlungen der Regierungen beider Länder ist es durch den Südtiroler Terrorismus zu einem ausgesprochenen Freund-Feind-Verhältnis zwischen beiden Regierungen gekommen. Ein in dieser Form unter ausdrücklicher Bezugnahme auf terroristische Akte, die im Nachbarlande vorbereitet und im Grenzgebiet durchgeführt wurden, angekündigtes Veto ist ein ungewöhnlicher Vorgang bei der europäischen Gemeinschaft. Es bringt die österreichische Volkspartei-Regierung unter Klaus in eine überaus schwierige Lage, da ihre Politik der Annäherung an die Europäer im Lande keineswegs unbestritten ist.

So ist es wohl angebracht, sich mit diesem Problem, einem Problem nationaler Spannungen, näher zu befassen. Die Zeiten, in denen die «Internationale» das Kampflied aller Sozialisten war, sind seit langem dahin, und mit ihnen die Illusion, man könne nationale Grenzen und Vorurteile durch die internationale Solidarität der organisierten Arbeiterschaft zum Verschwinden bringen. Nicht nur an den Ufern des Jordans gibt es nationale Gegensätzlichkeiten, die rational und aus den Tatbeständen der Reibungspunkte in national gemischten oder umstrittenen Gebieten dem Aussenstehenden oftmals schwer verständlich erscheinen. «Unbegreiflich», sagte vor einiger Zeit der Vorsitzende der Sozialistischen Internationale, Dr. Bruno Pittermann, auf einer Schulungstagung, als er auf den Sprachenstreit in Belgien zu sprechen kam. Und dennoch existiert er, legt von Zeit zu Zeit den Betrieb der katholischen Universität Löwen lahm, deren bischöfliche Leitung sich noch nicht dazu verstehen konnte, die wallonischen Professoren und Studenten in einen anderen, rein wallonischen Ort zu verlegen.

Sprachenfragen sind allerdings nicht immer der entzündliche Reibungspunkt nationaler Gegensätzlichkeiten. Auf der irischen Insel ist es die konfessionelle, die auch die nationale Abgrenzung bedeutet. Ihretwillen ist in vergangenen Jahrzehnten auch Blut geflossen. Nationalbewusstsein erwächst aus geschichtlichen Gegebenheiten oftmals mehr noch als aus sprachlicher Verschiedenheit. Das wissen die Schweizer besser als andere Europäer, die mitunter bass erstaunt sind, wenn ihnen ein Tessiner auseinandersetzt, mit Italien habe er nichts zu tun, obwohl er seine Italianità gerne hochhält.

Hier liegt der eigentliche Unterschied im Denken zwischen Rom und den Hochtälern an Eisack und Etsch. Auch die verständnisvollsten Vertreter italienischer Politik behandeln die Südtirolfrage stets als ein Problem des Minderheitenschutzes, der Selbstverwaltungsrechte einer kulturell-sprachlichen Minderheit. Die Südtiroler jedoch empfinden sich selbst nicht als Minderheit und dem italienischen Staate zugehörig. Ihr geschichtliches Nationalbewusstsein ist tirolerisch, also im kulturell-sprachlichen Bereich deutsch. Über diese Schranke des politischen Denkens ist man bislang noch nicht hinweggekommen. Natürlich gibt es Ausnahmen, sogar sehr bemerkenswerte Ausnahmen. Nicht alles, was man dem deutschsprachigen Fremden erzählt, hält stand, wenn man sich ein wenig mehr umsieht. Die meisten Einwohner von Meran können recht gut Italienisch, die meisten dort ansässigen Italiener bedienen sich ohne Schwierigkeit der deutschen Sprache, obwohl der deutsche Unterricht in der faschistischen Zeit streng verboten war. Das Südtirol von 1967 ist auch nicht mehr das von 1919, das man der strategischen Bedeutung der Alpenkämme wegen als Preis für den Sieg der alliierten Waffen forderte. Weniger strategisch denkende bekannte Italiener waren schon lange zuvor bei ihren nationalen Forderungen gegenüber dem alten Österreich-Ungarn gegen jegliche Einbeziehung fremder Minderheiten, so Giuseppe Garibaldi, der grosse Partisan der nationalen Eingliederung, oder unmittelbar im Januar 1919 als Leonida Bissolati sich im italienischen Parlament nicht minder heftig gegen eine Annexion Südtirols wandte wie der Altmeister des italienischen Sozialismus Filippo Turati. Sogar Cesare Battisti, der als Trientiner für ein österreichisches Militärgericht ein Verräter war und hingerichtet wurde, hatte in seinem zuvor leidenschaftlich geführten Kampf um das italienische Trient eine Ausdehnung der italienischen Grenzen nach Norden abgelehnt.

Als dann die Frage zum zweitenmal auf die Tagesordnung der Geschichte kam, unterzeichneten einige bekannte italienische Emigranten schon vor Abschluss des Krieges in den Vereinigten Staaten ein «Italienisches Manifest», unter ihnen Arturo Toscanini, Professor Giuseppe Borghese und der nachmalige italienische Verteidigungsminister Randolfo Pacciardi, in dem davon gesprochen wurde, dass alle Gebiete mit geschlossener slowenischer oder deutscher Besiedlung aufgegeben werden sollten. Es kam anders, nicht zuletzt weil mittlerweile durch die Siedlungspolitik Mussolinis

der italienische Bevölkerungsanteil Südtirols, insbesondere in den Städten, gestiegen war, aber auch weil Adolf Hitler die Südtiroler – im Einvernehmen mit seinem Freund Mussolini – ins Grossdeutsche Reich auszusiedeln beschlossen hatte. Es war das die Zeit, da in Italien Briefmarken ausgegeben wurden, auf denen der sinnige Spruch zu lesen stand: «Zwei Völker, ein Krieg.»

Lange nicht alle Südtiroler, die sich damals für die Aufgabe des Heimatbodens entschlossen, wurden dann wirklich umgesiedelt. Viele, die in den Listen eingetragen waren, wurden – zu ihrem eigenen Wohle – von der deutschen Niederlage überrascht. Italien, das inzwischen seinen Diktator gestürzt hatte und sich am Kampf gegen das Dritte Reich beteiligte, stimmte dann zu, dass die Umsiedler, Optanten genannt, bleiben oder zurückkehren durften.

Nach dem Kriege wandelte sich manches in Südtirol. Die verrückte und erfolglose Italianisierungspolitik wurde eingestellt, die deutsche Sprache offiziell zugelassen, ein deutschsprachiges Schulwesen aufgebaut, die Zweisprachigkeit auf Formularen, bei Post und Bahn, und in den Rathäusern. natürlich auch im Provinzialrat eingeführt. Sogar das Verteidigungsministerium wirbt nunmehr in deutschen Aufrufen um Südtiroler Berufsunteroffiziere. Manches ist in dieser Hinsicht sicherlich noch verbessерungsbedürftig. Das gilt nicht zuletzt für den Gebrauch der deutschen Sprache bei Gericht und durch die Polizei. In der «Libera Stampa», dem Tessiner Blatt der SPS, verweist Guido L. Luzzato darauf, dass man auch auf die italienischen Namen in der Topographie verzichten sollte, die nicht italienisch, sondern meist unsinnig seien.

Das eigentliche Problem ist jedoch nicht die Sprachenfrage. Es geht um die Selbstverwaltung der Provinz Bozen, die man nach dem Kriege mit der Provinz Trient zu einer Region vereinigte, in deren Rahmen sich die beiden Provinzen allerdings nie ganz zusammenfanden.

Doch beide Provinzen haben im – superzentralistischen – italienischen Staatsverband Sonderrechte. Sie sind sogenannte «autonome» Provinzen, deren Provinzialrat wesentlich mehr Rechte besitzt als eine unter Behördenaufsicht stehende Selbstverwaltungskörperschaft. Nachdem der Kriegsausgang die erneute Zugehörigkeit Südtirols bestätigt hatte, gibt es heute in Parlament und Regierung keinen Politiker, der es wagen könnte oder wollte, das Rad der Geschichte zurückzudrehen und Südtirol, auf italienisch «Oberetsch» genannt, aufzugeben. Das hat erst im Mai der zweite Vorsitzende der Sozialistischen Partei, Cariglia, in Bozen wieder einmal unzweideutig zum Ausdruck gebracht.

Seit Jahr und Tag wird nun über die Beschwerden und Beschwernde der Südtiroler verhandelt. Im Jahre 1964 schloss die sogenannte 19er-Kommision, an der Südtiroler Vertreter beteiligt waren, ihre Untersuchungen ab und veröffentlichte einen Bericht mit Reformvorschlägen, die neuerdings wieder in dem sogenannten «Paket» auftauchten, das die österreichische mit

der italienischen Regierung mehr oder minder offiziös zur Bereinigung der Spannungen in Südtirol vereinbarte. Nach den Vorschlägen der 19 würden die Provinzbehörden nunmehr zuständig sein für Landwirtschaft, Bodenschätzerei, Fremdenverkehr, Wasserrecht, Gesundheitswesen und Sozialfürsorge und als Aufsichtsbehörde für die Gemeinden. Ausserdem sollen beide Provinzen der Region das Recht haben, vor dem Verfassungsgericht staatliche Gesetze anzufechten. Auch die tatsächliche Gleichheit in der Sprachenfrage soll hergestellt werden. Allerdings sind da noch Streitfragen offen, so die der Amtssprache bei polizeilichen Beanstandungen, Notarakten und Gerichtsprotokollen. Damals standen sich in den internationalen Verhandlungen zwei Sozialdemokraten gegenüber, der Österreicher Kreisky und der Italiener Saragat, beide Aussenminister ihrer Länder, beide einstige politische Emigranten und in theoretischen Fragen des Sozialismus einander sehr nahe. Die österreichischen Sozialisten gingen dann in die Opposition. Nun versuchten die Volksparteier, den Fall Südtirol zu bereinigen, zweifellos unter der Voraussetzung, dass territoriale Gebietsveränderungen aus jeder realistischen Bewertung ausscheiden. Das «Paket» wurde geschaffen, aber nie abgeholt. Denn zwischen den Regierungen in Wien und Rom steht die Südtiroler Volkspartei, ein recht heterogenes Gebilde, dessen innerer Zusammenhalt nur durch die Stellung der Südtiroler als Minderheit bewirkt wird. Es gab schon Dissidenten. Ein Arzt aus Bozen, Dr. Egmont Jenny, begründete neuerdings die Soziale Fortschrittspartei, faktisch eine sozialdemokratische Gruppe, die allerdings erst noch organisatorisch aufgebaut und Konturen gewinnen muss. Gerade das aber ist ungeheuer schwierig in einer Atmosphäre, die derart von unausgesprochenen Dingen erfüllt ist wie die politische Atmosphäre der Südtiroler. Wenn die Diskussion der STV 1966 mit einem unklaren «nein» endete, so, weil alles in Südtirol unter dem Druck steht, vom Nachbarn nicht als «Volksverräter» angesehen zu werden. Dadurch ergibt sich auch eine Doppelgeleisigkeit des täglichen und des politischen Lebens, im deutschsprachigen Bereich. Im täglichen Leben sieht manches anders aus. Trotz Traditionspflege und Trachten, trotz Andreas Hofer und Walther von der Vogelweide hat sich in grösseren Orten dennoch eine Form des Lebens angebahnt, die tatsächlich stark italienisch beeinflusst ist. In typisch tirolerischen Gasthäusern wird pastasciutta in nicht geringen Mengen verzehrt, Kaffee nach italienischer Art gebraut, auch wenn die Bezeichnungen noch altösterreichisch klingen. Für die bundesdeutschen Touristen aber offerieren kluge Wirte «Kaffee nach deutscher Art». Die Herrschaften aus dem Norden bestellen ihn auch, obwohl mancher in Frankfurt oder München die Gewohnheit hat, Cappuccino zu verlangen.

Geschäftsleute, Ärzte, Juristen haben sich an diese Dinge gewöhnt, obwohl natürlich Examen, Prüfungen und Bestallungen italienisch sind. Doch hinter denen, die wirtschaftlich gut fundierten, und anderen, die nicht mehr so spezifisch tirolerisch sind, stehen die Schatten des konzessionsfeindlichen Nationalismus, deren Ausdruck eben Tretminen, Anschläge auf Stromlei-

tungen oder gar Feuerüberfälle auf Grenzer sind. Es wäre falsch zu übersehen, mit welch kaum verhüllter Genugtuung – ohne viel Worte – beispielsweise bei vielen Südtirolern der Anschlag auf das Gerichtsgebäude in Bozen im Juli 1966 aufgenommen wurde. Diese Stimmung lastet auf der Südtiroler Volkspartei. Natürlich spricht niemand davon. Man diskutiert um dies und jenes, stellt weitere Forderungen und hört nicht auf den Obmann Dr. Silvius Magnago, der die Annahme des «Pakets» auch dann empfahl, wenn es keine besondere internationale Instanz für die Einhaltung aller Vereinbarungen gebe. Das ist der Punkt, wo der STV im entscheidenden Augenblick stets das Augenmass für das Mögliche fehlt.

Obwohl manche der Beratungen geheim waren, ist doch bei den bekannt gewordenen Äusserungen immer wieder fühlbar, dass die Scharfmacher in der Südtiroler Volkspartei in Einzelforderungen über das hinausgehen, was ein souveräner Staat konzedieren kann. Hierzu gehört die Frage der internationalen Instanz, bei der man Beschwerden wegen Nichteinhaltung des Vereinbarten einlegen könnte. Selbst die linksorientierte und daher wohlwollende italienische Presse betonte daher schon mehrmals, einen eigenen Staat Südtirol, der nur Verteidigung und Aussenpolitik mit Italien gemeinsam habe, werde es natürlich nicht geben. Die italienischen Unterhändler sind auch besorgt über das Schicksal der italienisch sprechenden Südtiroler. Es gibt heute nicht nur die unter Mussolini, bei gleichzeitiger industrieller Expansion, eingewanderten Italiener, sondern, wie in den ehemaligen deutschen Ostgebieten die dort geborenen und nunmehr erwachsenen Polen, Italiener, die, mitunter in der zweiten Generation, aus Südtirol stammen. Die totale Intoleranz vieler deutscher Südtiroler aber lässt allerlei für den Fall befürchten, dass die Kompetenzen der Gemeinden und der Provinz allzuweit über das im übrigen Italien geltende Mass hinaus ausgedehnt werden.

Alle diese Fragen werden durch den zunehmenden Terrorismus ungeheuer kompliziert. Unter den von Mussolini angesiedelten Italienern ist die Neofaschistische Partei (MSI) verhältnismässig stärker als sonstwo in Italien. Jeder Terrorakt gibt diesen Neofaschisten die erwünschte Gelegenheit, sich als Retter des Vaterlandes aufzuspielen, den Ausnahmezustand und noch sonst allerlei nationalistischen Unsinn zu fordern. Zwei extreme Nationalisten rechtfertigen sich nach einer alten Erfahrung in Sprachgrenzbezirken stets gegenseitig, also in Südtirol die Neofaschisten die aktivistischen Terroristen und umgekehrt. In den ersten Jahren der Bombenattentate, die von Südtirolern in verniedlicher Form «Bumsereien» genannt wurden, ging es gegen die Überlandleitungen der Stromversorgung. Italienische Unternehmungen haben seit 1919 die Wasserkräfte dieses Gebiets in hohem Masse erschlossen. Seit dann die Stromerzeugung – und verteilung – in Italien nationalisiert wurde, sind die Anschläge gegen die Grossleitungen noch mehr als «Aktion gegen Italien» gewertet. Natürlich kann man keine Sprengstoffanschläge ohne das Risiko, auch Menschenleben zu Schaden kommen zu lassen, durchführen. Doch im Jahre 1966 richteten

sich die Anschläge auch unmittelbar gegen Menschen. In einem Seitental des Pustertals wurden drei Grenzer, zwei davon in Zivil, die von kurzem Urlaub in die Unterkunft zurückkehrten, unter Gewehrfeuer genommen. Einer wurde auf der Stelle getötet, der andere starb später. Dann wurde im oberen Eisacktal ein Grenzerposten durch Sprengstoff in die Luft gesprengt. Dabei kam der Südtiroler Unteroffizier Heribert Volgger ums Leben. Vielleicht war gerade dies die Absicht. Ein Carabiniere im Martelltal sah sich in seinem Wagen plötzlich einem Mann gegenüber, der mit einer Pistole auf ihn angelegt hatte. Seine schnelle Reaktion verhütete Schlimmeres. Das ist nur eine kleine Auslese der Fälle, die oft durch Zufall oder Versagen irgend-eines Teiles der Bombenmaschinerie keine Folgen hatten.

Die Anfang Juli 1967 nunmehr schon in die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft hineingetragene Konfliktsituation geht jedoch nicht auf die Vielfalt der Anschläge zurück. Die italienischen Behörden und Politiker stellen fest, dass die Täter durchweg entweder aus Österreich kommen oder von dort mit «Material» versorgt werden. Unwegsame, aber Einheimischen gut bekannte Grenzpfade erleichtern die «strategische» Verbindung zwischen Nordtirol und Südtirol. Es genügt, die Tafeln zu lesen, die der Berg-Isel-Bund auf der Strasse zum Brenner anbringt, oder die Losungen, die man gelegentlich in Innsbruck an den Mauern sieht, um zu ermessen, wie stark der Einfluss des in Nordtirol allüberall fühlbaren Nationalismus zur Frage Südtirol ist und sich offensichtlich auch in unmittelbarer Unterstützung des «Befreiungsausschusses Südtirol» (BAS) auswirkt. Eine entsprechende Propaganda geht einher. Selbst in Wien kann es einem passieren, dass man einen Flugzettel in die Hand gedrückt bekommt, auf dem man zu einer Südtirolkundgebung in Linz, immerhin zwei Schnellzugstunden von der Hauptstadt entfernt, eingeladen wird.¹

Organisator war der bereits genannte Berg-Isel-Bund. Da wird dann nicht nur dagegen protestiert, dass die österreichische Regierung – man denke – «Agip»-Tankstellen in Österreich zulässt und Kommissionen gebildet werden, die es zulassen, «die Vergewaltigung der Südtiroler zu vollenden». Dann heisst es weiter: «Vergewaltigungen, die nicht immer mit Blut geschrieben werden und doch täglich und ständig geschehen – mit unserem Wissen, vor unseren Augen!»; und schliesslich: «Die Südtiroler sind auf dem Todesmarsch. Aufrechte Bauern, Arbeiter und Studenten werden in den Kerker geworfen. Freiheitskämpfer werden geschmäht, Menschen unseres Volkes gepeinigt, gefoltert und ermordet . . .»

Zum Schluss, eine offene Kampfansage an die österreichische Regierung, wird behauptet, es sei schandvoll, «zuzusehen, wie Südtirols Freiheit und Selbstbestimmungsrecht um ein Linsengericht verschachert» werde.

Diese kleine Kostprobe zeigt, wie der irrationale Nationalismus die Politik des Alles oder Nichts propagiert und noch einiges mehr. In dem bekannten

¹ Es handelte sich um eine Kundgebung am 29. April 1967.

Prozess gegen Dr. Burger und seine Freunde haben zweimal die Geschworenen gegen die Auffassung der Richter einen Freispruch gefällt, obwohl einwandfrei feststand, dass sie an der Vorbereitung von Sprengstoffvergehen in Südtirol beteiligt waren und dies auch gar nicht bestritten. Ihre Verteidigung war im Sinne des zitierten Flugblattes eine Art Kriegserklärung an den italienischen Staat. Das ist nun nicht etwa eine Schlussfolgerung, sondern wurde auch, fast ein Jahr zuvor, von Dr. Burger – aus der Bundesrepublik Deutschland ausgewiesen – und seinem Freund Kienesberger eindeutig erklärt, und zwar im deutschen Fernsehen. In der sogenannten «Monitor»-Sendung brachte man fünf Tage nach dem erwähnten Attentat auf Grenzer im Pustertal ein Interview mit Dr. Burger und Kienesberger. Dieses Interview wurde in der italienischen Presse heftig angegriffen. Man nahm auf Grund der kärglichen Inhaltsangaben in der deutschen Presse an, es habe zu Glorifizierung des BAS und seiner Sprengstoffpraxis oder gar des aus dem Hinterhalt erfolgten Mordes an den beiden Grenzern gehandelt. Dem war aber nicht so. Die Sendung bezeichnete den Vorfall einwandfrei als Mord. Dr. Burger und Kienesberger wurden dann aufgefordert, sich dazu zu äussern.

Und sie äusserten sich. Dr. Burger erklärte:

Das Wort Mord möchte ich sofort zurückweisen. Sollte es sich bei der Aktion am Sonntag um eine solche der Freiheitskämpfer gehandelt haben, so ist das Wort Mord sicher nicht angebracht . . .»

Im Laufe von Rede und Gegenrede gab Kienesberger noch die folgende Erklärung ab: «Die Freiheitskämpfer haben schon seit 1963 die uniformierten italienischen Beamten in Südtirol aufgefordert, das Land zu verlassen (. . .) und nicht länger der italienischen Fremdherrschaft ihren Arm zur Unterdrückung zu leihen. Und auch im heutigen Frühjahr wurde ein letztes Ultimatum (. . .) an die Carabinieri und die anderen Sicherheitskräfte gestellt, Südtirol zu verlassen, andernfalls auf sie geschossen wird (. . .) . . . »

Mit anderen Worten, der BAS stellt den Grenz- und Polizeibeamten eines benachbarten Staates die simple Aufforderung, dieses Staatsgebiet bis zu einer wohl von den Südtiroler Terroristen festzusetzenden Demarkationslinie zu räumen. So widersinnig dies normalsinnigen Menschen erscheint, so wurde es doch mit der erklärten Absicht gesagt, diese private Kriegserklärung möglichst weit zu verbreiten. Das ist nicht gelungen. Fernsehsendungen rollen rasch ab. Festgehalten wird meist nur das Stichwort, nicht die ganze Folge der Aussagen, schon gar in Deutschland, wo diese Dinge doch etwas fern erscheinen. Wenn natürlich Polizei und Staatsanwälte in Österreich den Gesamtkomplex des Südtiroler Terrorismus auf österreichischem Boden mehr Aufmerksamkeit geschenkt hätten, wäre der Spannungszustand zwischen Italien und Österreich nicht auf den Siedehitzepunkt gediehen, der zum Veto gegen die österreichischen Assoziierungswünsche führte. Es kam noch hinzu, dass fast zu gleicher Zeit mit dem neuesten Attentat an der Porzes-Scharte, das vier Soldaten das Leben kostete, der SS-Major

Reder, der während des Krieges in der Emilia und toskanischen Versilia Hunderte von Frauen, Kindern und Männern ohne Urteil erschossen liess und dafür zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt wurde, in einem Brief an den Gemeinderat von Marzabotto, wo die meisten Opfer fielen, mit einem larmoyanten Hinweis auf seine alte Mutter bat, man möge ihm vergeben und . . . seine Begnadigung befürworten. Die gedankliche Verbindung mit den schrecklichen Ausrottungsmassnahmen der SS-Verbände in Mittelitalien und den Tretminen an der Porzes-Scharte war natürlich schnell hergestellt. So wurde der seit Jahren schleichende Terrorismus des BAS zuerst gegen Elektromasten und nun gegen uniformierte Beamte oder Soldaten der Republik Italien, die den Aufforderungen Burgers, Kienesbergers und Genossen nicht folgten, zu politischem Sprengstoff. Und die Terroristen könnten sogar mit ihrer Absicht Erfolg haben, Verhandlungsmöglichkeiten zu torpedieren. Diesem Vorhaben war sicherlich das Interview gewidmet, das Norbert Burger dem bundesdeutschen «Spiegel»² gegeben hat und Anlass zu einem neuerlichen Strafverfahren gegen ihn wurde. Eine Lösung – nach seinen Ideen – der Südtirolfrage könnte es nur aus einer Krisensituation geben, also mehr Bomben in Südtirol. Obwohl er selbst nun wieder in Haft ist, wird dieses Programm von seinen Gesinnungsfreunden weiterhin befolgt.

Norbert Burger hat zuvor noch schnell eine Nationaldemokratische Partei für Österreich gegründet. Über deren Ziele äusserte er sich allerdings in dem Interview überaus vorsichtig. Diese Vorsicht ist ebenso juristisch kalkuliert wie manche Äusserungen seiner bundesdeutschen Gesinnungsfreunde, von denen er angeblich nur vom Hörensagen weiß. In Verbindung mit Südtirol ist das Ziel dieser neuen Partei, soweit sie außer Norbert Burger noch Mitglieder hat, dennoch eindeutig. Wo ist die Lösung? Niemand spricht es aus. Aber es ist klar, dass die Terroristen keine Erweiterung von Autonomierechten in Südtirol erreichen wollen, sondern die Rückgliederung an Österreich. Ohne Blick für die Aussenwelt, ja nicht einmal für gewisse Symptome und Änderungen innerhalb ihres eigenen Lebenskreises, merken diese Fanatiker nicht, dass es in der Welt von heute hinreichend andere Sorgen gibt. Auch die angestrebte Krisensituation würde keine internationale Instanz veranlassen, Italien die Aufgabe der Provinz vorzuschlagen. Was dagegen bisher erreicht wurde, ist das Steckenbleiben der Verhandlungen über das «Paket», einmal, weil die Beziehungen zwischen Italien und Österreich sich verschlechterten und zum andern, weil sowohl Österreich wie Italien die Zustimmung der Südtiroler Volkspartei erreichen möchten. Doch diese Zustimmung findet in deren Reihen soviel Widerstand, weil jede endgültige Vereinbarung eine erneute Bestätigung des italienischen Territorialbestandes bedeutete.³ Gegen diese Anerkennung der Grenzen und Staatszugehörigkeit jedoch wehrt man sich, ohne es je klar auszusprechen.

² Der «Spiegel», 17. Juli 1967.

³ Auch das Abkommen Gruber-de Gasperi enthielt diese Bestätigung.

Nach dem Attentat an der Porzer-Scharte (Cima Vallone) ergaben sich auch innenpolitische Schwierigkeiten in Österreich. Die Regierung schickte Einheiten des Heeres an die Alpengrenze, um die vielfältigen Gebirgspfade zu überwachen, auf denen die Terroristen zu wandeln pflegen und die zu überwachen die Gendarmerie nicht ausreicht. Dies geschah ohne Verständigung und Konsultation der in Opposition stehenden Sozialisten. Die Sozialisten bestreiten auch, dass die Verfassung Österreichs gestatte, das Bundesheer zu zivilen sicherheitspolizeilichen Massnahmen heranzuziehen. Der Streit hierüber, insbesondere auch über ein an die Soldaten verteiltes Merkblatt über deren Aufgaben im Grenzgebiet, hat keinen unmittelbaren Bezug auf die Südtirolfrage. Soweit hierzu gesprochen wurde, sind zwischen den Auffassungen der ÖVP als Regierungspartei und den Sozialisten kaum Meinungsdifferenzen festzustellen. Auch die SPÖ legt grosses Gewicht auf die internationale Verankerung, mit anderen Worten auf ein international einklagbares Recht der Beanstandung hinsichtlich der Durchführung der zu treffenden Vereinbarungen, und nicht minder auf die Zustimmung der Südtiroler, als deren «Schutzmacht» Österreich auftrete. Eben diese Formulierungen jedoch zeigen, wie wenig aussichtsvoll derzeit die Lage in Südtirol ist. In Österreich spricht man von einer «österreichischen Minderheit», in Italien dagegen von «deutschsprechenden italienischen Bürgern». Die Internationalisierung des Statuts für Südtirol scheint in Österreich und für die STV Vorbedingung, in Italien dagegen durchwegs als unannehmbar, obwohl die italienischen Sozialisten das «Paket» inhaltlich noch verbessert sehen möchten. Und im Hintergrund schwelt der Gedanke des Norbert Burger, durch Mord und Sprengstoff eine Krisensituation zu schaffen, die dann das Ergebnis zweier Weltkriege revidieren soll.

Literatur

**Kurt Marti:
Die Schweiz und ihre Schriftsteller –
die Schriftsteller und ihre Schweiz**

EVZ-Verlag, Zürich

«Man ist nicht realistisch, indem man keine Idee hat.»
(Max Frisch)

Kurt Marti, in seinem bürgerlichen Beruf Pfarrer an der Nydegger Gemeinde in Bern, publiziert Lyrik, Prosa und Essays.

Mit der vorliegenden, nicht sehr umfangreichen, aber mutigen Arbeit versucht er, die Schwierigkeiten aufzuzeigen, die bei uns in der Schweiz,